Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JK/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Demonstrationen in bizarren Zeiten
2. Die Linkspartei in der Coronakrise: Kassandra im Bundestag
3. Auftritt vor Corona-Rebellen in Aachen – Eklat um Linken-Fraktionsvize Andrej Hunko
4. Lieferketten unter Corona: Den Letzten beißen die Hunde
5. Der Siegeszug der Wohltätigkeit
6. Existenzängste führen zu Suizid
7. Mediziner berichten von massiver Gewalt gegen Kinder
8. Schlachthöfe
9. Vermögend durch Geburt – legitimer Startvorteil?
10. Eine gerechte & solide Krisenfinanzierung
11. Warum die Interpretation der Reproduktionszahl nicht immer so einfach ist
12. Schockwellenreiter
13. Google und Microsoft dürfen erst New York, dann die Welt nach ihrem Geschmack umgestalten
14. Politik der Verschwörung
15. Digitalisierung: Speerspitze des Neoliberalismus
16. Ballermann der Alpen
17. Irres Tempo

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Demonstrationen in bizarren Zeiten**
   Demokratie ist sehr viel mehr als eine Wahl. Eine richtige Demokratie findet an jedem Tag statt, sie findet statt im mühsamen Begründen, Streiten und Aushandeln – wenn, ja wenn nicht gerade Corona und also das Sich-Versammeln schwer ist, das Demonstrieren auch. “Teams” und “Zoom” und Videokonferenzen werden im Moment gefeiert. “Endlich!” sagen viele, “endlich kommen die Leute darauf, dass man Verhandlungen auch via Bildschirm führen kann.” Aber je länger das währt, umso mehr wird auch spürbar, dass diese Art der Diskussion kein Ersatz ist, sondern ein Behelf. Videokonferenzen sind keine wirkliche Begegnung. Dazu gehört das

Nebengespräch mit dem Nachbarn, die Verständigung über Blicke und Gesten, das informelle Gespräch in der Pause. Demokratie stellt nicht soziale Distanz her, Demokratie will soziale Distanz überwinden. Der neunmalkluge Einwand, dass man den Lockdown nicht Social Distancing, sondern Physical Distancing nennen sollte, ist ebenfalls ein Behelf – es ist der wohlmeinende Versuch, den sozialen Verlust begrifflich zu verharmlosen. Eine Demokratie leidet an Ausgangsbeschränkungen, an Kontakt- und Versammlungsverboten, so notwendig solche Verbote kurzfristig auch sein mögen. Der Satz "Not kennt kein Gebot" ist ein Satz, der nicht zu einer Demokratie und nicht zu einem Rechtsstaat passt. Auch die Not kennt Gebote: Sie sind in den Grundrechten formuliert. …
Gerade über die sogenannten Verschwörungstheoretiker kann man sich jetzt herrlich aufregen, sie medial aufblasen. "Ist es nicht schrecklich? Ja, es ist schrecklich", kann man sich empören und seine eigene Aufgeklärtheit beweisen und ein gutes Gewissen haben, weil man selbst nicht auf Grundrechts-Demos geht. Man kann sein ganzes Repertoire an Ironie über die Idiotie abspielen, man kann das Spintisieren analysieren und sich distanzieren, man kann die Verschwörungsphantasmen zum x-ten Mal als den Versuch demaskieren, einfache Lösungen zu finden und solche beeindruckenden Wörter wie "Komplexitätsreduktion" anbringen. Man kann über die kursierenden Hirngespinste über Bill Gates den Kopf schütteln, bis er abfällt. Aber: Man sollte bei aller Empörung darüber nicht ganz vergessen, was wahrlich ein Grund zur Empörung angesichts einer Pandemie sein könnte. Wahr ist nämlich, dass die WHO ohne einen Mäzen wie Bill Gates finanziell am Ende wäre, weil die Staaten zu wenig Beiträge zahlen und die USA die Zahlungen völlig gestoppt haben. Letzteres ist wirklich ein Grund zum Demonstrieren. …
Eine gute Zukunft haben wir nur dann, wenn uns eine bürgerschaftliche Demokratie gelingt – auch in Corona-Zeiten. Das ist eine Demokratie, die die Verantwortung für die Demokratie und Gesellschaft nicht bei den Parlamenten, bei der Regierung, der Verwaltung oder bei den Virologen abgibt, so notwendig deren Sachverstand auch ist. Eine gute Demokratie muss auch an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger glauben, sie muss diese Eigenverantwortung stärken und nicht denunzieren; eine gute Demokratie traut der Vernunft ihrer Bürger.
Quelle: Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung

2. **Die Linkspartei in der Coronakrise: Kassandra im Bundestag**
Linken-Vorsitzende Katja Kipping will die Republik noch eine Weile stilllegen. Doch die Wirklichkeit hat sie schon überholt.
Kaum jemand im Bundestag nimmt die Hygieneempfehlungen der Regierung derzeit so ernst wie die Abgeordnete Katja Kipping. Als Einzige in ihrer Fraktion Die Linke und als eine von ganz wenigen im Plenum überhaupt verfolgte sie am vergangenen

Donnerstag die Debatte über Hilfen für Studierende mit professioneller Schutzmaske. Die Vorsitzende der oppositionellen Linken ist disziplinierter als die Regierung selbst, denn auch auf der Regierungsbank verhüllte – trotz klarer eigener Empfehlung – niemand Mund und Nase.
Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers K.B.: *Man kann nur hoffen, dass Katja Kipping der Linkspartei eine weitere Kandidatur erspart. Unter ihrem Co-Vorsitz hat sich der Niedergang der Linkspartei von einer Arbeiter- zur einer Akademikerpartei beschleunigt, die Sozialpolitik mit Minderheitenpolitik verwechselt.*

Anmerkung JK: *Bisher hat es die Linke (nicht nur die Partei) nicht geschafft, eine klare Position zu den Grundrechtseinschränkungen und der Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes (dazu findet aktuell keinerlei öffentliche Debatte statt) zu entwickeln bzw. tritt wie Kipping sogar für einen noch härteren Lockdown ein, unter völliger Ignoranz der sozialen und ökonomischen Folgen. Viele Linke möchten also unter eingeschränkter Versammlungsfreiheit im Lockdown verharren, während Neoliberale wie Friedrich Merz die Gelegenheit wittern, in der Corona-Krise den Rest des Sozialstaates zu erledigen. Wie im Ausnahmezustand mit stark eingeschränkter Versammlungsfreiheit (wie die aktuellen Demos zeigen geht die Polizei inzwischen massiv gegen die Verletzung der teils willkürlichen Auflagen vor) dagegen Widerstand geleistet werden soll, kann uns Kipping dann bei Gelegenheit einmal erklären.*

3. **Auftritt vor Corona-Rebellen in Aachen – Eklat um Linken-Fraktionsvize Andrej Hunko**
Bei den Linken warnen Partei und Fraktion einhellig vor der Teilnahme an „Hygiene-Demos“. Den Aachener Bundestagsabgeordneten Hunko juckt das nicht.
Die Position von Linken-Parteichefin Katja Kipping ist eindeutig – und nach ihren Angaben mit der Fraktionsführung abgestimmt. Es gebe eine gemeinsame Linie zu Corona-Protesten, sagt Kipping am Montag vor der Presse im Berliner Karl-Liebknecht-Haus, nachdem der Aachener Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrej Hunko am Wochenende vor selbsterklärten Corona-Rebellen in seiner Heimatstadt aufgetreten ist. Sowohl im Parteivorstand als auch in der Fraktionsführung gebe es eine „sehr kritische Haltung zu den sogenannten ‚Hygiene-Demos’“, sagt die Parteivorsitzende. (…)
Hunko, der auch Mitglied des Parteivorstandes ist, sieht das offenbar ähnlich. Der 56-Jährige kritisierte in seiner Rede eine „starke einseitige Ausrichtung auf Impfprogramme“. Er erwähnte die Rolle von „Einzelpersonen“ wie dem US-Unternehmer Bill Gates, die einen „nicht zu legitimierenden Einfluss“ auf die

Ausrichtung der Weltgesundheitsorganisation WHO nehmen würden. (…)
Hunko räumt später ein, die Wortmeldung von Hinckeldeyn sei „sehr emotional" gewesen. Zugleich aber kritisiert er es als „völlig falsch", wenn sich die Linke „als konsequenteste Lockdown-Partei positioniert", wie es Parteichefin Kipping fordere. Kipping hatte in einem Gastbeitrag im Tagesspiegel geschrieben: Was die Lockerungslobby „als Exitstrategie verkauft, führt nur in eine zweite Infektionswelle". Der Preis werde hoch sein.
Quelle 1: Matthias Meisner im Tagesspiegel
Quelle 2: Redemanuskript für die Kundgebung „Die Gedanken sind frei" am 16. Mai in Aachen
Quelle 3: Der im Artikel erwähnte aber "selbstverständlich" nicht verlinkte Beitrag von Nina Hinckeldeyn auf Facebook

Anmerkung Jens Berger: *Es ist unglaublich, mit welcher Vehemenz der als Kipping-Vertraute bekannte Tagesspiegel-Journalist Matthias Meisner schon wieder auf Linken-Politiker eindrischt, die der Parteivorsitzenden widersprechen und sich weigern, ihren (selbst)zerstörerischen Kurs mitzugehen.*

4. **Lieferketten unter Corona: Den Letzten beißen die Hunde**
Als Adidas im März ankündigte, aufgrund der Coronakrise die Mietzahlungen für seine Filialen auszusetzen, brach über das Unternehmen eine Welle der Empörung herein. Ob Katarina Barley oder Andreas Scheuer: Politiker*innen jeder Couleur geißelten das unsolidarische Gebaren des Milliardenkonzerns, der die Krise schamlos ausnutze und die Kosten auf andere abwälze.
Die Kritik war berechtigt. Weitaus skandalöser und verheerender ist jedoch der aktuelle Umgang zahlreicher Modekonzerne mit ihren Zulieferbetrieben in Bangladesch, Pakistan, Kambodscha oder Myanmar. Im März stornierten sie kurzerhand Bestellungen in Milliardenhöhe und verweigerten die Zahlung selbst für bereits produzierte Textilien. Betroffen sind diesmal keine wohlhabenden Immobilieneigentümer, sondern Millionen Frauen und Männer, die daraufhin meist fristlos entlassen und ohne Abfindung nach Hause geschickt wurden. Die stets vollmundigen Bekenntnisse der Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte in den Zulieferbetrieben sind vergessen. Was zählt, ist die Minimierung der Kosten um jeden Preis. …
Einmal mehr steht der Textilsektor paradigmatisch für die Schattenseiten des neoliberalen Turbokapitalismus. Mit bis zu zwölf Kollektionen im Jahr ist die Branche auf extrem kurze und kostengünstige Produktionszyklen ausgelegt. Um die Nachfrage bei den Verbraucher*innen am Laufen zu halten, müssen die Preise niedrig sein. Daher

müssen die Kosten für Herstellung und Logistik gedrückt werden, wo es nur geht. Bezahlt wird die Ware allerdings erst 60 bis 90 Tage nach Erhalt.[7] Die Zulieferbetriebe tragen also das gesamte Risiko der Produktion – von der Materialbeschaffung bis zu den Lohnkosten.
Die letztlich Leidtragenden sind die Textilarbeiter*innen. Ein funktionierendes staatliches Sozialversicherungssystem gibt es in Bangladesch, wie in vielen anderen Ländern, nicht. Die bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen für Arbeitgeber werden in der Realität umgangen, denn es mangelt an effektiver staatlicher Kontrolle. Zudem sind die Gewinnmargen für die Textilproduzenten denkbar schmal, so dass selbst gewillte Arbeitgeber*innen ihre Belegschaft kaum angemessen absichern können.
Die Konsequenzen dieser Art des Wirtschaftens werden in den kommenden Wochen offensichtlich werden: Millionen von entlassenen Arbeiter*innen werden sich und ihre Familien nicht mehr ernähren, geschweige denn die Miete für Unterkunft und Kosten für Gesundheitsversorgungen zahlen können – und das alles in Zeiten einer weltweiten Pandemie.
Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik

5. **Der Siegeszug der Wohltätigkeit**
Ajay Banga ist der Sohn eines indischen Offiziers. Er wurde in Khadki geboren, einem militärischen Stützpunkt einige Stunden außerhalb von Mumbai. Nach seinem Wirtschaftsstudium an der Universität Delhi begann Banga einen Master of Business Administration am indischen Institut für Management und startete nach dessen Abschluss eine illustre Karriere bei transnationalen Unternehmen wie Nestlé und Pepsi. 2010 wurde Banga Geschäftsführer von Mastercard, einem Unternehmen mit Hauptsitz im Dorf Purchase, New York. …
Wirtschaftsblätter loben seine Innovationskraft: Banga habe die Rolle von Technologie massiv gestärkt, eine unternehmensinterne Entwicklungsabteilung gegründet und Mastercard Contactless eingeführt, ein kabelloses Bezahlsystem.
Doch die größte Innovation von allen dürfte sein Fokus auf die 2,5 Milliarden »banklosen« Menschen des Planeten sein. Wie ein Artikel über Banga im Fortune erklärt: Er habe realisiert, dass »die größten Chancen für das Unternehmen in den Teilen der Welt zu finden sind, in welchen digitale Portemonnaies noch Jahrzehnte entfernt sind«. Er steht an der Speerspitze einer wachsenden Gruppe von Unternehmensführern, die sich bewusst geworden sind, dass auch mit globaler Armut Profit erwirtschaftet werden kann.
Was Fortune allerdings verschweigt, ist die Herkunft des Geldes, das Banga in die »banklosen« Massen investiert. Tatsächlich kommt ein großer Teil dessen gar nicht aus dem von ihm geleiteten Unternehmen. Es kommt weder von den Mastercard-Aktionären noch aus seinem stetig wachsenden Gehalt. Es kommt vielmehr aus den

Taschen der weltgrößten Wohltätigkeitsorganisation: Die Bill and Melinda Gates Foundation.
2014 kündigte die Gates Foundation an, 11 Millionen US-Dollar an Mastercard zu überweisen, damit in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, ein »Labor« zur finanziellen Eingliederung des Landes in den Weltmarkt gegründet werden kann. Das Darlehen hat eine Laufzeit von drei Jahren, und Mastercard hat angekündigt, nach dessen Ablauf die Investitionen zur weiteren Expansion selbst zu finanzieren, sollte sich das Programm als ausreichend lukrativ erweisen.
Quelle: Jacobin

6. **Existenzängste führen zu Suizid**
   Isolation, Geldsorgen und ein Gefühl der Ohnmacht bestimmen den Alltag vieler Amerikaner seit Beginn der Corona-Pandemie. US-Wissenschaftler fürchten, dass die Zahl der Suizide und Fälle von Drogenmissbrauch stark zunehmen werden.
   Das Coronavirus fordert nicht nur Menschenleben, sondern die weltweite Pandemie hat auch erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Besonders Menschen, die schon vorher seelisch gelitten hatten, sind betroffen.
   Jay aus dem US-Bundesstaat Montana ist eine 33-jährige gesunde Mutter. Als sie vor zehn Jahren eine seltene Hormonkrankheit bekam, schwand ihr Lebensmut. Zweimal habe sie damals versucht, sich das Leben zu nehmen, erzählt die junge Frau. Mit der Pandemie kamen ihre Suizidgedanken plötzlich wieder zurück. Als sie plötzlich Covid-19 Symptome zeigte, hatte sie Angst um ihre Existenz, um ihre Familie und vor allem Angst um ihre eigene Gesundheit.
   “Es gab nur einen Ort, an dem ich mich testen lassen konnte. Ich wusste aber nicht, ob sie mich dran nehmen, ich habe mich wirklich krank gefühlt und sehr gestresst. Und dann sind plötzlich diese Suizidgedanken wiedergekommen”, erzählt Jay.
   Diese Gefühle der Verzweiflung und Ohnmacht haben viele Amerikaner in diesen Wochen. In etlichen Bundesstaaten herrscht seit Mitte März Ausgangssperre. Die Massenarbeitslosigkeit hat ein gigantisches Rekordhoch erreicht. Dazu kommen Unsicherheit und Angst vor dem, was noch passieren wird.
   US-Wissenschaftler warnen, dass in den nächsten Jahren bis zu 75.000 Amerikaner zusätzlich entweder durch Alkohol- oder Drogenmissbrauch oder durch Suizid ums Leben kommen werden. Jack Westfall, Direktor des Robert Graham Center in Washington, hat an dieser Studie des Well Being Trust mitgearbeitet.
   Quelle: Tagesschau
7. **Mediziner berichten von massiver Gewalt gegen Kinder**
   Ärzte sind alarmiert: Sie sehen Verletzungen wie sonst nur nach Autounfällen. Die Zahl der Anrufe bei der Kinderschutzhotline steigt stark.
   Kinderärztepräsident Thomas Fischbach hatte gegenüber der NOZ betont: „Der rein

virologische Blick auf die Lage ist nicht ausreichend.“ Gerade für Kinder sei der soziale Kontext von existenzieller Bedeutung. „Das dauerhafte Einsperren der Kinder führt zu innerfamiliären Konflikten“, so Fischbach.
Auch weltweit hat die Gewalt gegen Kinder einem Bericht der Hilfsorganisation World Vision zufolge während der Coronavirus-Pandemie stark zugenommen. In Bangladesch beispielsweise hätten Eltern und Erziehungsberechtigte Kinder 42 Prozent häufiger geschlagen und es habe 40 Prozent mehr Anrufe beim Kinder-Not-Telefon gegeben, heißt es in einem am Freitag in Berlin veröffentlichten Bericht von World Vision.
Die Organisation rechnet damit, dass die Gewalt gegen Kinder infolge der Coronavirus-Krise weltweit um mindestens 20 Prozent ansteigt. Ein Grund für diese Situation ist nach Auffassung der Advocacy-Direktorin von World Vision International, Dana Buzducea, die Schließung von Schulen und anderen sozialen Einrichtungen. Kindern fehle der Schutz und die Unterstützung, die sie dort sonst erhielten, so Buzducea. „Das Zuhause ist nicht für alle Kinder ein sicherer Ort und durch Kontaktsperren sind viele Familienmitglieder mit gewalttätigen Menschen isoliert.“
Quelle: Tagesspiegel

8. **Schlachthöfe**
   a. **Auf die Schlachtbank**
      In der Fleischindustrie liefert es nun erdrückende Beweise. Dass dort etwas schiefläuft im Hinblick auf Produktions-, Arbeitsbedingungen und deren Kontrolle, steht als Verdacht schon lange im Raum; an Kritik von Gewerkschaften, Tier- und Klimaschützern fehlte es nie. Eines aber war stets schwer zu beurteilen: Gab es echte Strukturprobleme – oder wurden eher Einzelfälle aller Art für interessenpolitische Generalanklagen benutzt?
      Von unglücklichen Einzelfällen kann jetzt keine Rede mehr sein. Die Häufung von Infektionen an weit voneinander entfernten Schlachthofstandorten ist nur so zu erklären, dass Unternehmen strukturell verantwortungslos gehandelt haben. Und das rechtfertigt die Absicht der Regierung, strukturell etwas zu ändern.
      Offenbar herrschte in der Fleischindustrie anders als unter Spargelbauern die Ansicht vor, dass ausländische Entsendearbeiter nicht nur anspruchslose Arbeitskräfte seien, man erhalte mit ihnen auch noch Rabatt auf den Gesundheitsschutz. Hätte deren Einsatz mit einem Mangel einheimischer Fleischzerleger zu tun, würden die Unternehmen mehr für Gesundheitsschutz tun. Aber sie vermeiden es sogar, diese Arbeitskräfte bei sich anzustellen – lieber lagern sie den Betrieb ganzer Schlachthöfe an kaum kontrollierbare Drittfirmen aus.
      Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Ein Wunder, ein Wunder: die FAZ befürwortet die Regulierung dieser schlimmen Zustände in der Schlachtindustrie! Man kann zwar meinen, nur wegen der hohen Gesundheitsgefahr für die Restbevölkerung, aber immerhin zeigt sich hier ein Schimmer von sozialem Verantwortungsbewußtsein. Anders bei der Union: die hat noch immer "Gesprächsbedarf" – worüber eigentlich? Ob die Zustände nun "katastrophal" oder "pervers" sind? Angeblich lehnt die Union "ein Verbot von Werkverträgen in der Branche" ab, man kann nicht glauben, wie sehr die geschmiert sein müssen.*

b. **Nicht nur ein Tierschutzproblem**
im Grunde wissen wir seit langem, dass in den Schlachthöfen vieles falsch läuft. Dass die Rumänen, Bulgaren, Türken, die dort arbeiten, es sich oft nicht leisten können, zum Arzt zu gehen oder krank zu Hause zu bleiben. Weil sie schlecht versichert sind, weil sie nicht mal den Mindestlohn bekommen, Krankengeld sowieso nicht. Weil sie von Subunternehmern ausgebeutet werden und die deutschen Verantwortlichen sich nicht verantwortlich fühlen. Alle paar Jahre kocht ein Skandal hoch, die Landwirtschaftsminister von Bund und Ländern sprechen dann von schwarzen Schafen, versprechen Maßnahmen und machen dann ein bisschen Kosmetik.
Das bewusste Wegschauen ist leider Teil der deutschen Agrarpolitik. Denn die Produktion von Billigfleisch ist ein Geschäftszweig der deutschen Landwirtschaft, der über die Jahre immer größer geworden ist. Deutschland, ein Industrieland, ein Hochlohnland, gilt international als Produzent und Exporteur von billigem Fleisch. Frankreich und Belgien beschweren sich regelmäßig in Brüssel über die Dumping-Exporte der Deutschen, die in ihren Ländern alles platt machen. Deutsches Fleisch treibt selbst in Afrika noch viele Bauern in den Ruin, weil nicht einmal afrikanische Bauern mit den Niedrigstpreisen mithalten können. ….
Das ist nicht nur ein Tierschutzproblem. In deutschen Ställen werden mehr Antibiotika verabreicht als in allen Krankenhäusern zusammen. Je mehr Antibiotika ins Grundwasser und in die Umwelt gelangen, desto schneller entstehen resistente Keime. Schon heute sterben laut Robert-Koch-Institut allein in Europa jedes Jahr 33.000 Menschen an Keimen, gegen die kein Medikament mehr hilft. Viermal so viel wie noch vor zehn Jahren.
Quelle: Deutschlandfunk

Anmerkung JK: *Seltsamer Weise hat die Tatsache, dass, wie oben erwähnt, jedes Jahr 33.000 Menschen in Europa an multiresistenten Keimen sterben*

bisher niemanden so recht interessiert und ebenso wenig haben die mörderischen Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen bisher irgendjemanden interessiert insbesondere jene nicht, die jetzt plötzlich den Schutz der menschlichen Gesundheit als höchstes Gut entdeckt haben wollen.

c. **Den Deutschen sind die Rumänen einfach egal**
Was in den Deutschen Schlachtfabriken abgeht, ist eigentlich kein Geheimnis: Und der Skandal im Fleischskandal ist, dass es seit Jahren kaum einen interessiert.
Deshalb noch mal in aller Deutlichkeit: Seit Jahren werden vor unseren Augen Zehntausende Osteuropäer in einer Art und Weise ausgebeutet, die an moderne Sklaverei grenzt. Sie verschulden sich, um nach Deutschland zu kommen, zahlen an dubiose deutsche Firmen Vermittlungsgebühren, um sich dann in deutschen Schweinefabriken zugrunde zu schuften.
Zehn bis zwölf Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, dann geht's zum Schlafen in verschimmelte Schrottimmobilien, für die sie dann noch ein paar 100 Euro an „Miete" an den Subunternehmer abdrücken müssen.
Den gesetzlichen Mindestlohn bekommen die Arbeiter oft nur auf dem Papier, Überstunden werden nicht gezahlt, es gibt Abzüge für Arbeitskleidung, Arbeitsschuhe und Dinge, die gar nicht existieren. 9,35 Euro gesetzlichen Mindestlohn für härteste körperliche Arbeit? Viel zu viel. Sind doch nur Rumänen, zuhause kriegen die doch noch weniger.
Wir reden hier nicht von ein paar schwarzen Schafen in der Branche: Denn diese Ausbeutung hat System und war und ist von der Politik geduldet – wenn nicht sogar gewollt. Denn der Fleischindustrie wird es extrem leicht gemacht, die Ausbeutung „outzuscourcen", an eine Riege dubioser Subunternehmer.
Quelle: Deutschlandfunk

9. **Vermögend durch Geburt – legitimer Startvorteil?**
Vermögen ist in Österreich enorm ungleich verteilt. Unversteuerte Erbschaften und Schenkungen tragen wesentlich dazu bei. Neben ökonomischem Kapital erhöhen auch familiär tradiertes kulturelles und soziales Kapital individuelles Kapitalvolumen und damit persönliche Lebenschancen. Diesen Startvorteil legitimieren VermögenserbInnen in der subjektiven Deutung ihrer Herkunft und ihrer Lebensgeschichte auf zwei unterschiedlichen Wegen. So werden Machtpositionen und strukturelle soziale Ungleichheiten verfestigt und aus Gerechtigkeitsansprüchen erwachsende Forderungen nach Umverteilung delegitimiert. (…)
Seit 2010 erhebt die OeNB in Kooperation mit der EZB über den Household Finance and Consumption Survey regelmäßig Daten zu den Vermögensbeständen der

österreichischen Bevölkerung. So wissen wir seither über die enorm ungleiche Verteilung von Vermögen Bescheid. Das reichste Prozent hat einen Anteil von knapp vierzig Prozent des gesamten Privatvermögens, während sich die vermögensarme Hälfte der Bevölkerung weniger als vier Prozent dieses Vermögens teilt.
Die Vermögensverteilung ist auch deshalb so ungleich, weil (hohes) Vermögen innerhalb von Familien durch weitgehend unversteuerte Erbschaften und Schenkungen inter vivos, also Schenkungen zu Lebzeiten, weitergegeben und Kapital so akkumuliert wird. Vermögende Familien können so ihr Kapital über Generationen an ihre Erben weitergeben und vermehren. Denn nach Thomas Piketty vermehrt sich Vermögen über die Kapitalrendite vor allem dort, wo es bereits vorhanden ist. Sich im Verlauf des Lebens durch Leistung über Lohnarbeitsverhältnisse Vermögen zu erarbeiten, wird hingegen immer unwahrscheinlicher. (…)
In Österreich fehlt nach wie vor weitgehend das Bewusstsein für Vermögensungleichheit. So gibt es in der Bevölkerung eine starke Tendenz, sich selbst auch in der Vermögensverteilung der traditionell bedeutungsvollen Mitte zuzuordnen. Insbesondere Vermögende unterschätzen ihre eigene Position enorm. In der Forschung ist dieses Phänomen bislang aus unteren Klassen als „problem of fairness“ bekannt. Das bedeutet, dass Menschen Gerechtigkeitsfragen, wie jene nach einer fairen Verteilung ökonomischer Güter, im sozioökonomisch nahen Umfeld beurteilen. Sie vergleichen sich selbst mit Personen in gleichen oder ähnlichen Lebenslagen und blenden größere Ungleichheiten dabei aus. So entsteht das subjektive Gefühl, sich „irgendwo in der Mitte“ zu befinden. Andere argumentieren, dass das Verkennen der eigenen Privilegien unter Vermögenden eine Strategie ist, um sich der Rechtfertigung dieser und einer daraus ableitbaren Verantwortung zu entziehen.
Quelle: A&W blog

10. **Eine gerechte & solide Krisenfinanzierung**
Die Krise hat die Überlegenheit des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sozialstaates im Allgemeinen gezeigt. Ihre Finanzierung muss auf solide Beine gestellt werden, dafür ist vorübergehend ein höheres Defizit in Kauf zu nehmen. Die Finanzierungsstrategie der Regierung darf nicht bei erstbester Gelegenheit wieder auf Kürzungsprogramme zulasten der breiten Masse setzen. Das Losungswort der Regierung lautete zu Beginn der Krise: „Koste es, was es wolle.“ Das darf nicht nur für die Rettung der Wirtschaft gelten, sondern muss so lange gelten, bis Arbeitsmarkt und Sozialstaat wieder auf sicheren Beinen stehen und auch in der Klimapolitik klare Fortschritte gemacht wurden. Es ist sowohl für die Menschen als auch für die Volkswirtschaft als Ganzes gefährlich, bereits 2021 wieder ein „Nulldefizit“ als Ziel der Budgetpolitik zu definieren. Ein enges Nulldefizit-Sparkorsett schnürt uns die Luft ab, wir müssen aber atmen können, um aus dieser Krise herauszukommen. (…)

Steuergeschenke für die Kapitalseite, wie im Rahmen der ursprünglichen Steuerreformpläne der Regierung angekündigt, widersprechen diesen Empfehlungen ganz klar. Sie waren bereits in wirtschaftlich „normalen“ Zeiten ungeeignet und hätten dazu geführt die Schieflage im österreichischen Steuersystem noch zusätzlich zu verschärfen. In wirtschaftlichen Krisenphasen gilt das umso mehr, sie würden die Möglichkeiten für aktive Konjunkturpolitik massiv beschränken. Diese Steuergeschenke müssen abgesagt werden! (…)
Außergewöhnliche Herausforderungen verlangen jedoch nicht nur ausgleichende Maßnahmen, sondern eben auch außerordentliche Beiträge. Diese müssen von jenen kommen, die es sich leisten können. Nur so wird sichergestellt, dass dadurch auch keine negativen Nachfrageeffekte entstehen. Gerade vermögensbezogene Steuern sind hier eine wachstumsneutrale Möglichkeit.
Eine befristete Vermögenssteuer auf herausragenden Millionen- und Milliardenreichtum in Höhe von 2 Prozent pro Jahr für Vermögen über 10 Millionen Euro, 3 Prozent für Vermögen über 100 Millionen und 4 Prozent für Vermögen über 1 Milliarde würde lediglich 1 Prozent aller Haushalte treffen und ca. 7 Milliarden pro Jahr an zusätzlichen Einnahmen ins Budget spülen. Das würde helfen, den besonderen Finanzierungsbedarf zu decken.
Darüber hinaus würde auch eine befristete Anhebung der Kapitalertragsteuer auf Dividenden von 27,5 auf 35 Prozent einen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag von ca. 600 Millionen Euro pro Jahr bringen. Eine befristete Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 75 Prozent für Spitzeneinkommen über einer Million Euro könnte weitere rund 80 Millionen beitragen und würde dabei nur etwa 300 SpitzenverdienerInnen treffen. Dies wäre nicht nur wachstums- und beschäftigungsschonend, sondern vor allem gerecht.
Demgegenüber dürfen zusätzliche Finanzierungsbeiträge keinesfalls bei der breiten Masse und den ArbeitnehmerInnen ansetzen. Das würde negative Nachfrageeffekte bringen, die gerade aktuell problematisch sind, zu sozialen Verwerfungen führen und die Schieflage im Steuersystem weiter verschärfen.
Quelle: A&W blog

Dazu: Die Wirtschaft braucht ein sozial-ökologisches Konjunkturprogramm
„Der Wirtschaftseinbruch war zu erwarten, und er wird sich im 2. Quartal noch deutlich verschärfen. Nach den sofort wirkenden Hilfsprogrammen brauchen wir jetzt ein ambitioniertes sozial und ökologisch ausgerichtetes Konjunkturprogramm“, kommentiert Klaus Ernst, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag, die vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Quartalsdaten zur

Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik. Ernst weiter:
„Das Konjunkturprogramm muss die Nachfrageseite genauso im Blick haben wie die Angebotsseite, also die gezielte Förderung von Investitionen. Eine deutliche Anhebung insbesondere des Mindestlohns, die Erleichterung von flächendeckenden Tarifverträgen, die Einführung einer Grundrente, ein Verbot von Leiharbeit sowie die Verhinderung unakzeptabler Arbeitsbedingungen und Löhne durch schärfere Kontrollen seitens der Behörden sind zur Stabilisierung der Nachfrage unumgänglich. Durch gezielte Förderung von Investitionen in die Energiegewinnung der Zukunft, in moderne Mobilität und in den Ausbau nachhaltiger Verkehrssysteme kann die Krise als Motor für eine Industriepolitik dienen, die auch den Pariser Klimazielen gerecht wird. Eine aktive Beteiligung des Staates an Unternehmen kann die Durchsetzung einer solchen Politik erleichtern. Zur Finanzierung des Konjunkturprogramms ist eine Vermögensabgabe und mittelfristig eine höhere Besteuerung hoher Einkommen notwendig, damit niedrige Einkommen nicht durch – ökonomisch kontraproduktive – zusätzliche Abgaben belastet werden.“
Quelle: Die Linke. im Bundestag

11. **Warum die Interpretation der Reproduktionszahl nicht immer so einfach ist**
Die Schweiz hat sich für einen gestaffelten Ausstieg aus dem Lockdown entschieden. Ob diese Strategie aufgeht, soll die Reproduktionszahl zeigen. Doch deren Aussagekraft ist häufig beschränkt.
Die Reproduktionszahl mag ein wichtiger Leitfaden für Politiker sein. Doch bei ihrer Interpretation muss man vorsichtig sein. Die Berechnung von R beruht auf Annahmen und kann deshalb nicht als exakter Wert verstanden werden. Ohne Angaben darüber, wie unsicher die Berechnung ist, sind Verwirrungen vorprogrammiert.
Das Robert-Koch-Institut berechnet die Reproduktionszahl ähnlich wie die Schweizer Task-Force. Der grosse Unterschied ist, dass das RKI mit der Anzahl der Personen rechnet, bei welchen an dem besagten Tag Symptome auftreten, anstatt wie die Schweizer Forscher mit der Anzahl bestätigter Fälle pro Tag. Das RKI verwendet also für die Berechnung der Reproduktionszahl für den 3. Mai die Anzahl Personen mit Symptombeginn am 8. Mai. In der Regel entwickeln Patienten fünf Tage nach der Infektion Symptome.
Wenn man mit dem Symptombeginn rechnet, ist man etwas aktueller als mit der Ansteckung, denn die Ansteckung liegt immer etwa zehn Tage zurück, der Symptombeginn nur fünf. Auch die Forscher am RKI berücksichtigen bei ihrer Rechnung die Verzögerungen, die bei der Diagnose, der Meldung und der Übermittlung der Fälle auftreten. Somit fliesst dort das gleiche statistische Verfahren in die Berechnung mit ein wie bei der Schweizer Task-Force. Das RKI nennt die

Methodik «Nowcasting».
Somit sind sowohl die Schätzungen der Task-Force als auch diejenige des RKI um 8 bis 10 Tage verzögert. So lag die vom RKI am 10. Mai veröffentlichte Reproduktionszahl, welche das Infektionsgeschehen von vor ungefähr 8 bis 10 Tagen abbildet, mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent in einem Intervall zwischen 0,94 und 1,35. Die verkürzte Aussage, dass die Reproduktionszahl grösser als 1 war, steht damit statistisch gesehen auf wackligen Beinen.
Quelle: NZZ

12. **Schockwellenreiter**
In der "dritten Welle" werden "Ordnung und Daseinsvorsorge besser durch die Entscheidung von Leuten gewährleistet, die außerhalb des Staates, ja selbst außerhalb der etablierten Einrichtungen des Expertenwissen … zu finden sind."
Ein Schelm, der jetzt denkt, ich würde mit diesem Zitat auf den Informationsrevolutionär und Nichtmediziner Gates anspielen! Es geht hier um eine Struktur, nicht um Einzelpersonen.
Jonathan Simon wird gleich im folgenden Satz noch deutlicher:2
In einer gänzlich umgewandelten postindustriellen Gesellschaft werden Entscheidungen in der Gesundheitsvorsorge … so weit wie möglich durch Verträge und persönliche Entscheidungen zwischen Konsumenten und Anbietern geregelt.
Jonathan Simon
Kaum eine Seite weiter kommt er zu dem entscheidenden Punkt, dass sich die wirklichen Veränderungen in dieser Gesellschaft "zwischen den Staatsfunktionen" abspielen. Die Tendenz geht weg von zur Förderung von Einkommen und Lebensstandard. Das Resultat jener Wandlung sind "Regierungsbemühungen", die sich vollkommen auf "Kriminalitätsfurcht und Parteinahme für Opfer", letztlich auf Überwachen und Strafen richten. Simon nennt diese politische Kultur "Regieren mittels Verbrechen".
Mit "Kriminalitätsfurcht" ist die (methodisch erzeugte) Angst vor einer Zunahme von Verbrechen gemeint. Nun ist eine pandemisch wirkende Virus-Erkrankung noch kein Verbrechen – jedenfalls nicht, solange man die Ursachen erfolgreich ausblendet. Doch das Sich-Einfühlen in die Opfer geschieht immer dann, wenn die Bürger glauben, jedermann könne jederzeit von einer Gefahr betroffen sein.
Simons heutzutage gut nachvollziehbare These ist deswegen, dass ein Herrschen durch Hervorhebung der Bedrohung jene Form von Staatlichkeit sei, die konsequent aus der "Dritten Welle" erwächst. Die Verschiebung wesentlicher Aufgaben des Staates in Richtung auf Plattform-Unternehmen und global operierende Konzerne geht schlussrichtig mit der laufenden "Digitalisierung" einher. (…)
Was wird heute getan angesichts der aktuellen Bewegungseinschränkungen, gegen die

massive Belastung der Bevölkerung mit Risiken wie Junkfood, Stress, ganztägigem Vor-dem-Bildschirm-hocken? Vor fast 30 Jahren, 1992-1994, habe ich gemeinsam mit Rob Moonen eine Recherche zu den Folgen "sozialer Isolation und sensorischer Deprivation" durchgeführt und als Buch veröffentlicht.
Die Ergebnisse waren erschreckend. Schon nach kurzer Zeit der Einsperrung unter Sinnesentzug und ohne Kontakt zu anderen Menschen bricht unsere sog. "Identität" zusammen. Denn das, was man meint "zu sein", ergibt sich durch ein komplexes Gefüge von Handlungen und Reaktionen. Fallen diese Impulse weg, wird man zum "weißen Blatt", das leicht neu "beschreibbar" ist. Insofern gesellt sich zu den oben beschriebenen körperlichen Auswirkungen des "lockdown" ein viel schlimmeres Risiko: der psychische Kollaps. (…)
Zur stigmatisierenden Wortwahl gehören dabei nicht nur die Begriffe "Verschwörungstheoretiker" und alle möglichen Termini aus dem semantischen Feld von "Faschismus" (anti-semitisch, Neo-Nazi, rechts etc.). Zentral in diesem Feld: der Begriff "Leugner" (Fakten- oder Corona-Leugner, analog zu "Holocaust-Leugner").
Dem gegenüber steht als Kampfbegriff an der "framing"-Front der "ausgewiesene Fakten-Checker", der "inglourious basterd" in seiner Schlacht gegen die "fake news".
Was ist das Geheimnis dieser neuen Berufsgruppe? Sie erspart uns das eigene Nachdenken. Sie macht aus einem "strittigen Anliegen" (Elisabeth Wehling, S.8) durch moralisches Framing eine unabdingbare Notwendigkeit. Vor ein paar Jahren hießen solche Kampagnen noch "spin doctoring". Der Spindoctor gibt der Angelegenheit einen "besonderen Dreh". Das beschreibt den Aspekt der Inszenierung treffender als "framing", das eher an politische Notwehr erinnert. (…)
Medikamente lösen niemals soziale Probleme. Das gilt auch und insbesondere für Impfstoffe.
Quelle: Olaf Arndt in Telepolis

Anmerkung unseres Lesers D.G.: *Dieser – zugegeben recht umfangreiche – Artikel erläutert sehr schön, die im Moment benutzten sprachlichen Methoden von Politik und Medien und ihre Auswirkungen auf uns als Gesellschaft.*

13. **Google und Microsoft dürfen erst New York, dann die Welt nach ihrem Geschmack umgestalten**
Der ehemalige Chef von Google, Eric Schmidt, und der ehemalige Chef von Microsoft, Bill Gates, sind aus der US-amerikanischen und zum Teil weltweiten Politik seit langem kaum noch wegzudenken. Nun bestimmen sie maßgeblich über die Seuchen- und Technologiepolitik der USA und der westlichen Welt. Das Ergebnis ist eine IT-konforme Gesellschaft.

Der Nationale Sicherheitsrat für künstliche Intelligenz der US-Regierung (NSCAI), geleitet von Eric Schmidt, beklagte im letzten Jahr in einer Präsentation, dass China die USA bald bei der Nutzung von künstlicher Intelligenz und in der Folge auch geopolitischer Macht überflügeln werde. Und zwar weil die Digitalfirmen der USA von Datenschutzregeln und zu gut funktionierenden analogen Lösungen in ihrer Entwicklung gehemmt würden.
Zu dem was Google und Microsoft schon lange gerne stärker digitalisieren würden, um ihre künstliche Intelligenz mit ähnlich viel Daten trainieren zu können wie chinesische Großkonzerne, gehört das Gesundheits- und das Schulwesen. Google ist außerdem stark bei den sogenannten Smart Cities engagiert, musste dabei jedoch herbe Rückschläge einstecken, weil die Bürger die schöne neue Welt der totalüberwachten, ferngesteuerten Städte eher als Bedrohung denn als Verheißung sahen.
Doch das ist nun Vergangenheit, wie Naomi Klein, die führende kritische Expertin für Schocktherapie von widerstrebenden Gesellschaften, in The Intercept darlegt.
Am 8. Mai verkündete der Bürgermeister der Corona-geplagten Metropole New York, Adrew Cuomo, freudestrahlend zusammen mit dem per Video zugeschalteten Eric Schmidt, dass dieser eine Kommission leiten werde, die New York für die Nach-Corona-Zeit „neu erfindet“. In jeden Bereich des täglichen Lebens soll die digitale Technologie integriert werden. „Unsere ersten Prioritäten heißen Tele-Gesundheit und Fernlernen und Breitbandanschlüsse“, kündigte er an.
Erst am Vortag hatte Cuomo eine Partnerschaft mit der Bill & Melinda Gates Foundation verkündet, um ein „klügeres“ Bildungssystem zu entwickeln. Die Pandemie habe eine Situation geschaffen, freute er sich, die es möglich mache, Gates visionäre Ideen wahr zu machen. „Wozu all diese Gebäude, all diese physischen Klassenzimmer, wo wir doch diese Technologie haben“, fragte er rhetorisch. Was spielt es da für eine Rolle, dass die meisten Studien bisher zu dem Ergebnis kommen, dass digitales Lernen nicht gut funktioniert.
Quelle: Norbert Häring

14. **Politik der Verschwörung**
All diese Spinner und Wirrköpfe, die nicht einfach hinnehmen, was man ihnen an Infos bietet, ja, die sich sogar auf Verschwörungstheorien zurückziehen, scheinen vielen da draußen unerklärlich. Sind sie aber gar nicht. Sie sind das Produkt einer politischen Vertrauenskrise. Und an Vertrauen mangelt es nicht erst seit neulich.
Denn wer sich verschwörerischen Gedanken hingibt, der vertraut ja nicht dem, was offiziell und allgemein anerkannt als die wahren Umstände deklariert wird. Er vertraut nicht dem Massenstrom, hat das Vertrauen abgelegt oder gar nie entwickelt.
Außerhalb des allgemeinen Kontextes sucht er nach Antworten. Lassen wir den Aspekt mal beiseite, ob er da was findet oder nicht, was eine allgemeinen Betrachtung

verdienen würde: Jedenfalls ist er ein Abtrünniger, ein Ausgestoßener aus dem Vertrauensmodus, in dem wir unser Leben eingerichtet haben. Sie sind aus dem Vertrauen ausgeschert. ….
Die Eliten haben sich mit einer Ideologie der Ungleichheit, einer Ökonomie des Unausgeglichenheit und einer Triebfreude an der Ausbeutung der Schwächeren zu einer Verschwörung verabredet. Das ist nicht bildlich gemeint, nicht so, wie es Verschwörungsjünger oft meinen. Man spricht sich nicht bei einer Sitzung ab. Es entwickelt sich. Bis es normal ist. Und dann hält man daran fest. Wider aller Argumente und Fakten, die gegen diesen Kurs sprechen. Das Festhalten ist die Verschwörung. Das Vertrauen in die, die für die Allgemeinheit im Einsatz sein sollten, schwindet währenddessen weiter. Wird zum neuen Watergate. Ohne Hotel. Ohne Einbrecher und Deep Throat. Aber mit denselben Konsequenzen für die Gesellschaft. Man wendet sich ab, sucht Alternativen. Verschwört sich gegen das allgemeine Bild, das man uns vermittelt.
Quelle: Roberto J. De Lapuente auf Neulandrebellen

15. **Digitalisierung: Speerspitze des Neoliberalismus**
Mit der Digitalisierung wollen sich die Herrschenden ihren Traum von lückenloser Überwachung und Verhaltenssteuerung in naher Zukunft erfüllen.
Digitalisierung ist nicht nur eine skurrile Idee von Christian Lindner – sie ist die Zukunft, die die Eliten über uns verhängt haben, die sie uns auf Teufel komm raus aufzwingen und aufschwatzen werden.
Die Digitalisierung ist Sirenenton, Trojanisches Pferd und Rammbock zur endgültigen Durchsetzung der „Kannibalistischen Weltordnung“.
Sie wird mit Einwilligung der technik-affinen Mehrheit bisher nicht da gewesene Exzesse der Überwachung ermöglichen. Sie wird ein wachsendes Heer von Überflüssigen produzieren – natürlich ohne Arbeitszeiten zu verkürzen, vielmehr um den Druck auf Arbeitslose und Arbeitende zu erhöhen. Sie wird die Privatsphäre abschaffen und soziale Kontrolle auch außerhalb des Arbeitsplatzes perfektionieren.
Quelle: Neue Debatte

Anmerkung Christian Reimann: *Im Westen – auch in Deutschland – wird China Massenüberwachung u.a. per App vorgeworfen. Zu befürchten ist, dass auch eine “Corona-App” der Überwachung von Massen dienen könnte.*

Der Artikel weist außerdem auf eine Wirtschaftskrise 2019 hin als deren Folge die Zahl der erwerbslosen Personen steigen werde. Erinnert sei an einen älteren Artikel des “manager magazin”. Unter der Überschrift “2019 kehren die Krisen zurück” ist u.a. zu lesen: “Unsere Infrastruktur ist derweil deutlich schlechter als in anderen

Ländern der EU. Kurzfristig benötigen wir 120 Milliarden für das Nötigste. Mittelfristig müssen wir die Ausgaben nachhaltig erhöhen, was mindestens einem Betrag von zusätzlich 750 Milliarden Euro in den kommenden 30 Jahren entspricht.”.

Ist es nun Zufall, dass der Deutsche Bundestag Ende März finanzielle Hilfe in exakt dieser Höhe beschlossen hat? In Focus Online ist zu lesen: 750 Milliarden Euro! Das ist die Corona-Quittung, die Deutschland jetzt zahlt.

Da könnte der Eindruck entstehen, das neue Corona-Virus wäre genau rechtzeitig gekommen, um von einer Krise der Wirtschaft ablenken zu können. Aber das wären wohl verschwörungstheoretische Gedanken …

16. **Ballermann der Alpen**
Bis März 2020 war Ischgl ein gut gehender Tiroler Skiort. 12.000 Gästebetten bei 1.600 Einwohnern, hundert garantierte Schneetage auf dreihundert Pistenkilometern, die Skilifte der bis in die Schweiz reichenden „Silvretta Arena“ konnten 93.000 Personen pro Stunde auf den Berg schaufeln. Die Saison wurde mit dem Konzert eines Weltstars eröffnet und beendet: „Top of the Mountains“. Eine Übernachtung kostete Hunderte von Euro, die Gäste waren reich oder Skandinavier.Seit März 2020 ist Ischgl ein Schandfleck. In der Après-Ski-Bar Kitzloch arbeitete offenbar infiziertes Personal, und ein norwegischer Barmann lieh Gästen seine Trillerpfeife, etwa wenn eine Dänin hundert Schnäpse zu ihrem Tisch trug. …. Ischgl wird vorgeworfen, das Geschäft trotz Corona noch tagelang mitgenommen zu haben. 25 Corona-Tote werden auf Ischgl zurückgeführt, für Island und Norwegen dürfte Ischgl die Corona-Hauptquelle gewesen sein.
Da ich unmöglich aus Österreich rauskomme, fahre ich eben nach Ischgl. Mich interessiert vor allen Dingen der örtliche Guru Günther Aloys. Er schlug einen Snow-Park in den Körperformen von Pamela Anderson vor, wollte einen künstlichen See mit Königspinguinen sowie ein gläsernes 150-Meter-Gipfelkreuz mit Turbolift. Und er verkauft Prosecco in Büchsen, Name des Produkts: Rich. …
Aloys’ Vorzug ist, dass er großmäulig ausposaunt, was sich andere Touristiker nur insgeheim denken. Über die Alpen sagt er: „Ein großer Entertainmentpark, nichts anderes.“ Über den Klimawandel: „Wir haben in Ischgl 1.200 Schneekanonen, das interessiert uns nicht. Die Natur darf in unserem Business überhaupt keine Rolle spielen.“ Er beteuert, dass nur drei Prozent der Kommunenfläche touristisch genutzt werden würden.
Quelle: Freitag
17. **Irres Tempo**
China ist in vielerlei Hinsicht das führende Land des 21. Jahrhunderts, nicht nur, aber

vor allem auch bei technologischen Innovationen
In der chinesischen Innovationsdynamik gibt es technologisch Bemerkenswertes, wie die Quantentechnologie und die sogenannten Quantencomputer, den Vorsprung bei Fluggeschwindigkeiten in der (defensiven) Militärtechnologie, bei E-Mobilität, alternativen Antrieben und intelligenter Infrastruktur, bei Bezahlsystemen und in anderen Bereichen.
Der ehemalige US-Militäringenieur und heutige selbstständige Blogger Fred Reed liefert hierzu erstaunliche Aussagen. Er schreibt etwa über das solarbetriebene Flugzeug, das in 20 Kilometern Höhe fliegt und monatelang in der Luft bleiben kann, über die Hochgeschwindigkeitszüge, die zentral sind für die künftige (gegenüber Flugzeugen und Hochseeschiffen ökologischere) schnelle Landverbindung zwischen Europa und Asien, oder über Investitionen in Solarenergie, um die Abhängigkeit vom Öl zu mindern, vor allem aus dem Persischen Golf und den entsprechenden Meerestransportwegen, die anfällig für Blockaden durch die US-Marine sind.
Das sogenannte Nationale Innovationssystem Chinas etwa im Bereich der Fotovoltaik ist intensiv beforscht worden. Diese Studien haben bekannte, typische Merkmale des Innovationssystems bestätigt, etwa die kombinierten “Treiber” von Regierungsplänen und Marktdynamiken (“Staat und Markt”), von lokalen Vernetzungen und internationalem Wettbewerb oder nationalen öffentlichen Forschungs- und Entwicklungs-(FUE-)Investitionen und lokaler Wirtschaftsförderung.
Und nur durch öffentliche Orientierung, Förderung und Koordination der zahlreichen privaten innovativen Aktivitäten konnte China der lang anhaltende Nach- und Aufholprozess gelingen, der ja insgesamt in der jüngeren Geschichte einmalig ist.1
Chinas Innovationsdynamik ist intensiv auch unter dem Aspekt vorliegender Patentstatistiken analysiert worden. Bereits 2014 wurde China die mit wachsendem Abstand führende Innovationsnation, was die Zahl der Patentanmeldungen betrifft: Inzwischen verzeichnet das Land mehr als die Hälfte aller Patentanmeldungen weltweit.
Quelle: Telepolis